

Sahnsteiner Tageblatt

Zeitung für den Kreis St. Goarshausen

Feuilleton 58

Gegr. 1868

Amtliches Kreisblatt

Einziges amtliches Veröffentlichungsblatt
Amtlicher Behörden und Behörden des Kreises

Allgemeiner Anzeiger

für das Gebiet an der unteren Lahn bis
zum Rheingau und den westlichen Taunus.

Abonnements und Anzeigen

werden entgegengenommen
in Oberlahnstein in der
Geschäftsstelle Haupt-
sowie bei den Agenturen
in Braubach, Dachsen-
hausen, Osterpal, Camp,
Kellert, St. Goarshausen,
Laub, Bornich, Weisel,
Miehlen, Nalldorf, Nie-
vern, außerdem nehmen
sämtliche Boten und Post-
anstalten Bestellungen
entgegen.

**Das
Sahnsteiner Tageblatt**
erschint täglich ausser
Sonntag und Feiertagen
Bogenspreis
frei ins Haus 2.50 Mk
monatlich, bei der Post
abgeholt 2.55 Mk.
Anzeigenpreis
Die einseitige Anzeigen-
zeile 30 Pfg. für Anzeigen
ausserhalb des Kreises 40
Pfg. Reklamen die 20-
zeilige Anzeigenzeile 1 Mk. Die
Verhänger in entgegen-
stehenden
Rabatt

Preisbildung.

Von Dr. Ludwig Berlin.

Das einzige Mittel, einer wirtschaftlichen Katastrophe zu entgehen, die die unausbleibliche Folge des Ausverkaufes Deutschlands sein wird, ist die Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise. Es ist nur die Frage, welcher Weg dazu beschritten werden muß, die Anpassung an die Weltmarktpreise durch Verbesserung unserer Valuta oder durch Erhöhung unserer Inlandspreise auf den Stand der Weltmarktpreise. Eine Entscheidung darüber hängt von der Preisgestaltung in unserm Innern ab.

Eine wertvolle Untersuchung über die Weltpreisgestaltung und die Weltmarktpreise hat der Professor Dr. Julius Wolf für den Verband führender Industrieller erstattet hat: „Ursachen der Teuerung und Ausschüttung eines Abzuges der Preise.“ Professor Wolf hat einmal die allgemeinen Weltverhältnisse, andererseits die Deutschlands einer genauen Untersuchung unterworfen. Die Teuerung ist nicht allein auf Deutschland beschränkt, sondern eine Welterscheinung. Ihre Ursachen liegen hauptsächlich in der Vermehrung der Zahlungsmittel, in der Vermehrung der Produktion und in der Vermehrung der Nachfrage. Der Hauptgrund ist nach seiner Ansicht aber die Inflation, denn zu Beginn des Krieges betrug der Notenumlauf in fünfzehn kriegsführenden Weltstaaten annähernd 40 Milliarden Franken, am Ende des Krieges erreichte der Notenumlauf derselben Staaten zusammen etwa 220 Milliarden Franken, er hätte also in 51 Monaten eine Vermehrung von 180 Milliarden Franken erfahren. Dazu kommen noch 400 Milliarden Franken Papiergeld, die von der bolschewistischen Regierung in Rußland im Laufe von 18 Monaten in den Verkehr gesetzt wurden.

Die kommende Preisgestaltung auf dem Weltmarkt ist nach Wolf abhängig von der Inflation, der Produktion und dem Prodnahme. Die Vermehrung der Papiergeldmasse ist sehr schwer. Die Preissteigerung kann dann nur ausgeglichen werden durch eine Vergrößerung der Produktionsbasis. Hierfür sind die Aussichten nicht ungünstig. Progetreide wird es genug geben, ebenso Jucker, dagegen wird noch längere Zeit Knappheit auf dem Weltmarkt herrschen und infolge der Preispolitik der amerikanischen Baumwollpflanzer auch auf dem Baumwollmarkt. Dagegen sind die Aussichten auf dem Holz- und Ledermarkt günstiger.

Die Höhe der Frachtarbeit wird sich wohl nicht auf dem jetzigen Stand halten, jedoch werden sie auch weiterhin gegen Friedenszeiten sehr hoch bleiben. Für Deutschland liegen die Verhältnisse ähnlich wie auf dem Weltmarkt. Die Prodnahme kann eine Steigerung erfahren, dagegen wird es mit der Reichsproduktion schlecht bestellt bleiben, und die Aussichten für Bekleidung und Schuhwerk richten sich nach der allgemeinen Weltmarktlage. Nach dem Gutachten von Professor Wolf muß weiterhin mit hohen Preisen gerechnet werden, die im übrigen auf der ganzen Welt herrschen. Denn sogar in den nicht am Kriege beteiligten Ländern ist eine erhebliche Preissteigerung eingetreten.

Dieses Gutachten wurde im August 1919, also vor fünf Monaten, geschrieben. Inzwischen sind weitere Preissteigerungen eingetreten, die die Aussichten des Verfassers über die Bedeutung der Inflation auf die Preisgestaltung bestärken. Im gleichen Maße mit der Verstärkung der Inflation fiel unsere Valuta. Wolf rechnete noch mit einer auf ein Drittel des Friedensstandes gesunkenen Mark, jetzt steht sie bedeutend niedriger. Unter diesen Umständen sind natürlich alle Überlegungen über einen Abbau der Preise hinfällig. Da wir zum großen Teil auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind, müssen sich unsere Preise immer mehr aufwärts bewegen. Die Folge davon ist ein stärkerer Bedarf an Papiergeld, und somit Verstärkung der Inflation. Man sieht, wir bewegen uns in einem Zirkel, aus dem es keine Möglichkeit des Ausweges gibt. Auch die künstliche Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise wird kein Ausweg sein. Wir müssen die Möglichkeiten verstärkter Produktion bekommen und ohne ihre Verteuerung. Das kann nur geschehen durch die Beschaffung billigerer Rohstoffe, d. h. durch Rohstoffkredite. Nur eine großzügige Finanzaktion der ganzen Welt kann uns retten. Wenn diese nicht eintritt, wird unsere Valuta unaufhörlich weiter sinken, und im gleichen Verhältnis die Wechselkurse der anderen europäischen Staaten, Frankreichs, Englands usw., mit in die Tiefe ziehen.

Das Reichsmonopolisierungsgesetz zurückschleichen.

Berlin, 17. Febr. Wie das Reichsministerium des Innern mitteilt, ist das Reichsmonopolisierungsgesetz, das im Entwurf bereits fertiggestellt war, vorläufig wieder zurückgestellt worden, weil die zunehmende Verschlechterung unserer Valuta die für die Einführung der in der Vorstudie vorgesehenen Berechnungen über den Schaden geworfen und neue Berechnungen erforderlich gemacht hat.

Der neue bearbeitete Entwurf eines Reichsmonopolisierungsgesetzes wird noch im Laufe dieser Woche dem Kabinett zugehen und dort seine endgültige Form für die Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

Die Antwort der Entente in der Auslieferungsfrage.

Der Wortlaut der Note an Deutschland.
Entgegenkommend.

„Die Alliierten haben mit Aufmerksamkeit die Mitteilung geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde und in welcher die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der über die Auslieferung der angeklagten Deutschen erlassenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrages selbst erwachsen würden.“

Die Mächte stellen zunächst fest: Deutschland erklärt, ausstehende zu sein, die aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages sich ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Sie behalten sich vor, die ihnen aus dem Vertrag zustehenden Rechte in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, als es ihren Interessen dienlich sein wird. Unter dieser Voraussetzung nehmen die Alliierten Kenntnis von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, in der sie bereit ist, vor dem Obersten Reichsgericht in Leipzig ein mit den vollen Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die Alliierten und assoziierten Mächte zu verlangen beschließen.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende strafrechtliche Verfolgung ist verbunden mit der Durchführung der Art. 228 des Friedensvertrages und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgegeben. Seitdem dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen, um so der deutschen Regierung die volle und ganze Verantwortung zu überlassen.

Die Alliierten behalten sich vor, am Stand der Tatsachen den guten Willen Deutschlands zur Verurteilung der durch Deutsche begangenen Verbrechen, und den aufrichtigen Wunsch, an der Befriedung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich aufständisch erklärt hat, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, wirklich ernsthaft ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine internationale gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im Einzelnen die Straftatbestände jedes, dessen Schuld durch die Unterlassung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitteilen zu lassen.

Die Mächte behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherung den Angeklagten alle rechtlichen Garantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Verurteilung für ihre Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in einem solchen Falle voll und ganz ihre Rechte ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen.

gez. Lloyd George.

Wortlaut der Note an Holland.
Abnehmend.

„Die Mächte haben von der Antwort der holländischen Regierung auf ihre Note vom 15. Januar 1920 hinsichtlich der Auslieferung des deutschen Kaisers Wilhelm von Hohenzollern sowie dessen Aburteilung Kenntnis genommen. Die von den Mächten während des Krieges im allgemeinen Interesse gebrachten ungeheuren Opfer geben ihnen das Recht, die Niederlande zu bitten, auf ihre Weigerung zurückzukommen, die sich stützt auf einen Ausnahmezustand, aber persönliche Erwägungen eines Staates, der im Kriege abseits stand und vielleicht nicht genau alle Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Stunde abwaägt. Die Verpflichtungen der Mächte gegenüber ihren Vätern, die Tragweite der in Rede stehenden Fragen und die so schwer wiegende politische Verantwortlichkeit, die sich aus der Aufgabe der Rechtsforderung gegen den ehemaligen Kaiser ergeben würden, bestimmen die Mächte, ihre Forderung auszuüben.“

zu erhalten und zu erneuern. Die Mächte verlangen von der holländischen Regierung nicht eine Preisgabe ihrer traditionellen Politik, sie glauben aber, daß die Natur ihres Geschlechtes, die nach ihrer Meinung nicht allein oder doch nicht zur Hauptsache von der internen Gesetzgebung der Niederlande abhängt, nicht genügend gewürdigt wurde. Es handelt sich um keine Frage des Prejudizes, und die Mächte widmen den Gefühlen der Verantwortlichkeit eines Staates ebenso viel Aufmerksamkeit, wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte.

Um jedoch den verantwortlichen Urheber des großen Krieges abzuurteilen, können sie nicht die

Schaffung eines obersten Gerichtes abwarten, das mit der Verfolgung internationaler Verbrechen betraut wird. Gerade das in Aussicht genommene Urteil wird einem solchen Gerichtshof den Weg bahnen. Die Mächte wünschen festzustellen, daß der Völkerverbund noch keinen solchen Grad der Entwicklung erreicht hat, daß es ihm oder irgendeinem der durch ihn ins Leben gerufenen Gerichte gelingen könnte, vollständige Genugtuung zu schaffen. Würde die Weigerung der holländischen Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern, falls die Weigerung aufrecht erhalten bliebe, nicht einen unheilvollen Propagandaschall schaffen, der geeignet wäre, jedes Verfahren eines jeden internationalen Gerichtshofes gegen hochgestellte Schuldige unwirksam zu machen?

Die Regierung der Niederlande will den Standpunkt Wilhelms beim Auslieferungsgesuch gegenüber dem Kaiser zum Standpunkt ihrer eigenen Politik ins Auge gefaßt haben. Sie scheint dabei nicht in Erwägung zu ziehen, daß sie gemeinsam mit den assoziierten Nationen die Pflicht hat, die Bestrafung der Verbrechen gegen das Völkerrecht sicher zu stellen. Verbrechen, für die, wie heute unläugbar feststeht, Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortlichkeit trifft.

Die Note vom 15. Januar wurde überreicht von den alliierten Mächten. Mit ihnen ist der größte Teil der assoziierten Nationen sich bewußt, daß es unmöglich ist, die gemeinsame Kraft ihrer Forderung zu verkennen. Das ist nicht allein das Urteil derjenigen, die von ihr getrieben haben, sondern auch der Ausfluß der Gerechtigkeit. Wie konnte die holländische Regierung vergessen, daß es der Politik des von den Mächten zur Verurteilung verlangten Mannes zuzuschreiben ist, daß nahezu 10 Millionen Menschen in der Blüte ihres Alters brutal dahingeworfen wurden, daß dreimal mehr Menschen schrecklich verkrüppelt oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, daß Tausende von Quadratkilometern mit allen industriellen Orten eines bisher glücklichen Landes verwüstet wurden, daß die Kriegsschuld Hunderte von Millionen überschreitet und daß alles das geschehen ist zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit, die Freiheit ihrer Kinder und der ganzen übrigen Welt verteidigt haben. Das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker wurde erschüttert und ist noch gefährdet durch Hunger und das Elend, das eine furchtbare Folge des von Wilhelm II. entfesselten Krieges ist.

Die Alliierten können die Überraschung nicht verbergen, die sie empfunden haben, als sie in der holländischen Antwort nicht ein einziges Wort der Mißbilligung für die durch den Kaiser begangenen Verbrechen fanden, Verbrechen, die die Ungläubigkeit der Menschheit aufgerüttelt und deren unschuldige Opfer vornehmlich auch viele holländische Staatsbürger sind.

Wie könnte man sich dem Eindruck einer reaktionären Grundhaltung entziehen, die eine Folge der Weigerung Hollands wäre? Wie konnte man verstehen, welche gefährliche Störung alle jene erhöhten, die sich der gerechten Bestrafung der Schuldigen und ihrer Aburteilung, welcher Gesellschaften sie auch angehören, widersetzen? Holland, dessen Geschichte lange Kämpfe um die Freiheit aufweist und das um der Gerechtigkeit willen sehr schwer gelitten hat, sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten beibehalten und sich damit außerhalb der Gemeinlichkeit der Welt stellen.

Zu den Pflichten, denen sich aus nationalen Gründen niemand entziehen kann, gehört, daß man im Verein mit uns eine exemplarische Bestrafung der verantwortlichen Urheber der Schrecken des Krieges festsetzt und sich bemüht, die deutsche Nation zur Auffassung der Solidarität und Menschlichkeit zurückzuführen, da sie immer noch zögert, und auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die offen anspricht, daß Gewalt vor Recht gehe und der Erfolg das Verbrechen heilige.

Von diesen Gesichtspunkten aus und nicht ausschließlich vom nationalen Standpunkte aus haben die Mächte die holländische Regierung gebeten, ihren Wilhelm II. von Hohenzollern auszuliefern, und erneuern heute dieses ihr Gebot.

Die Mächte machen in der feierlichsten und dringlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie der neuen Prüfung der ihr gestellten Frage beimeßen. Sie wünschen wohl zu verstehen zu geben, wie ernst die Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas so gebieterisch verlange.

Stimmen zu den Noten.

Berlin, 17. Febr. Ueber die Auffassung an den hiesigen zuständigen Stellen zur Auslieferungsfrage der Entente wird berichtet: Die Note der Entente können wir nur mit gemischten Gefühlen aufnehmen. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß sich die Entente durch sie auf den Weg der Vernunft zurückzubringen scheint, so ist doch auf der anderen Seite zu ungetrübter Freude kein Anlaß vorhanden. Für uns bleibt es immerhin ein

entehrendes Ansinnen, daß wir einen großen Schuldigen einzuliefern gezwungen werden, obwohl die Schuld am Kriege und im Kriege auf der Gegenseite zur mindesten gleich groß ist. Wenn die Entente nunmehr uns die volle Verantwortung für die Durchführung des Vertrages überläßt, so weiß sie genau, was sie tut, sie will sich zweifellos damit nur ein Recht auf Repressalien sichern.

Die Kölnische Volkszeitung schreibt zu der Note: „Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß zum ersten Male, seitdem wir mit dem Verband über Waffenstillstand und Frieden verhandeln eine wenigstens einigermaßen entgegengesetzte Antwort zu verzeichnen ist.“ Die Politik, die damals gegen eine Unterzeichnung des Friedensvertrages waren, weist sie darauf hin, daß die jetzt zu Tage getretene Haltung der Entente, in der Auslieferungsfrage, den Beweis dafür erbringe, daß es richtig war, damals den Frieden zunächst unter Dach und Fach zu bringen und dann erst den unerwünschten Kampf für die Revision der unerfüllbaren Bedingungen aufzunehmen. Zunächst galt es das Reich zusammenzuhalten und das war nur möglich durch die Unterzeichnung.“

Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß noch gewichtige Schwierigkeiten dem Reichsgerichtshof vorbehalten sind. Er fragt: „Wie soll es mit der Unterzeichnung und der Beweiserhebung werden? Aber selbst wenn diese Schwierigkeiten überwunden sein werden, so bleibt noch die große Hauptfrage nach der Selbsttätigkeit der Richter.“

Wieder eine englische Stimme gegen den Vertrag.

London, 17. Febr. Bei der Besprechung der Thronrede im Oberhause erklärte der Führer der Opposition, daß es unglücklicherweise nur zu wahr sei und viele Mitglieder des Oberhauses einsehen, daß die Bedingungen des Friedensvertrages nicht ausgeführt werden könnten und niemals ausgeführt werden würden.

Die Frist für die Befragung der Rheinlande. Berlin, 17. Febr. „Westminster Gazette“ will erfahren haben, daß England und Italien nicht in der Lage waren, der Auffassung Frankreichs beizutreten, die Frist für die Befragung des Rheinlandes habe noch nicht begonnen. Großbritannien erwartet den Beginn der Frist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages für gegeben.

Die Reichsminister zur Kohlenfrage.

Rehrarbeit bessere Ernährung.

Essen, 17. Febr. Eine für die Zukunft unseres Wirtschaftslebens bedeutungsvolle Besprechung vereinigte gestern hier Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung und anderer Behörden mit Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten des Bergbaues und der Eisenindustrie. Es handelte sich um die Frage, wie die dringend notwendige Vermehrung der Kohlenförderung herbeigeführt werden kann. Reichskanzler Bauer legte dar, daß vermehrte Arbeit das einzige Mittel sei, das Volk aus Armut und Elend zu retten. Leider könne heute aber nur in recht bescheidenem Maße gearbeitet werden, weil nicht hinreichend Kohle verfügbar sei. Die Kohle sei der Schlüssel für unsere ganze wirtschaftliche Stellung. Es müßte die oberste Aufgabe der Regierung sein, daß die Friedenszerlegung wieder erreicht werde. Das lasse sich nicht anders erreichen, als indem länger als sieben Stunden gearbeitet werde. Von einschneidender Bedeutung sei, daß es gelinge, die jährliche Kohlenherzeugung um 40 bis 50 Millionen Tonnen zu steigern. Das sei die Auffassung der Regierung zu steuern. Das sei die Auffassung der Regierung, der ganzen Volksgemeinschaft. Nach dem Reichskanzler legte Herr Stinnes dar, daß die Kohlenförderung von 30 Millionen Tonnen Kohle eine tägliche Rehrarbeit von 1 1/2 Stunden beanspruche. Die Frage der Ueberstunden sei aber gleichzeitig eine Frage besserer Ernährung, die sofort in die Wege geleitet werden müsse. Ferner müßten auch die Transportarbeiter auf den Eisenbahnen, Wasserstraßen, Umschlagplätzen usw. entsprechend länger arbeiten, so daß eine geregelte Abfuhr möglich wäre. Die Rehrarbeiten sollten nicht mit 25 v. H., sondern mit 100 v. H. Zuschlag auf die bisherigen Löhne bezahlt werden. Die Vertreter der Gewerkschaften Imbusch und Husemann forderten vor allem bessere Ernährung für den Bergmann und erklärten, daß die Durchführung der geforderten Ueberstunden gegenwärtig eine zu große Belastungsprobe für die Organisationskraft darstelle. Gegenüber dem Einspruch, daß die anderen Berufe zuerst die Arbeitszeit verlängern sollten, entgegnete Eisenbahnminister Oster, daß der Bergbau vorangehen müsse, weil er gegenwärtig die wichtigste Industrie sei. Es handle sich hier um keine Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerfrage, sondern um eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Mit Nachdruck unterstrich diesen Gedanken der Reichsminister Giesberts. Gelingte es nicht, den Kohlenmangel Herr zu werden, so gehe das ganze Volk vor die Hunde. Auch die Eisenbahner müßten länger arbeiten. Der Reichswirtschaftsminister ließ durch den Abgeordneten Esterlitz erklären, daß ihm kein Opfer zu groß sei, um die

Kohlenförderung zu steigern. Er sei sofort zu Verhandlungen bereit, wie eine bessere Ernährung herbeigeführt werden könne. Bei der weiteren Erörterung wurde das für und Wider eingehend besprochen mit dem schließlichen Ergebnis, daß über die Frage der Ueberarbeit sofort Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft stattfinden sollen. Reichsminister Bauer ließ im Schlußwort keinen Zweifel darüber, daß die Regierung die Frage der Ueberarbeit zu regeln gezwungen sei, wenn es zu keiner Verständigung komme. Reichsminister Seveking, der die Besprechung leitete, konnte zum Schluß feststellen, daß volle Einmütigkeit bestünde in dem Willen, dem deutschen Volk durch den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu einer besseren Zukunft zu verhelfen.

Ein Colloquium für die Reichsministerverwaltung

Berlin, 17. Febr. Im Verein für die Geschichte Berlins berichtete der Geheimrat Dr. Oswald Woll über die Reichsministerverwaltung. Sie ist, wie bei dem tiefsten Ansehen der Reichsministerverwaltung herabgewandelt und soll demnach in einem neu zu errichtenden gewaltigen Rundbau von 10 Stockwerken nach Art des Kolosseums in Rom untergebracht werden. Der Bau wird nach den Plänen des Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Bestmeyer im Auftrag der Reichsregierung ausgeführt und muß 1933 bezogen werden können, weil 1934 die neuen Jahresrechnungen für die Kriegsanleihen ausgeben sind.

Der neue bayerische Bauernbund

München, 16. Febr. Unter Teilnahme von Vertretern verschiedener Parteien und aus wirtschaftlichen Ständen aus ganz Bayern ist hier heute ein Bauernbund für Deutschland wiederaufgebaut worden. Er erstreckt sich über das ganze Land u. hat die Wiederherstellung nationaler Gewinnung und die Erhebung der Schöpfungsfreude und die Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands zum Ziele.

Eine vierte sozialistische Partei

Berlin, 17. Febr. Nach Meldungen aus Regensburg ist eine neue Partei im Entstehen begriffen, die unter der Flagge „Partei vereinigter Sozialisten Deutschlands“ segeln soll. Was das Programm anbelangt, so fordert es in politischer Beziehung unter anderem allgemeines, gleiches und direktes Wahl- und Stimmrecht für alle über 18 Jahre alten Reichsbürger, derlei der Gesellschaft durch das Volk gewählte Richter und so fortige Verwirklichung aller Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Grundlage. Die Leiter der Bewegung behaupten, in Thüringen, Hannover, Oldenburg und anderen Teilen des Reiches wie auch in Süddeutschland einen erheblichen Anhang zu haben.

Rhein-Main-Donau

Frankfurt, 17. Febr. In der gestrigen Vollversammlung der Vereinigten Handelskammern Frankfurt-Donau erläuterte Vorstand Dr. Koll eine ausführliche Bericht des technischen Ausschusses über den Großschiffbau vom Rhein zur Donau. Alle in Betracht kommenden Interessenten (das Reich, Bayern und die Rhein-Main-Gruppe), haben sich nunmehr auf die Linie Alshausen-Bernfeld-Arnheim-Bamberg-Nürnberg-Weilburg-Regensburg-Passau geeinigt, unter gleichzeitiger Fortsetzung der Mainanalisierung von Bernfeld bis Würzburg. Unter allen Umständen sei die Weiterführung der Mainanalisierung bis Würzburg auszuführen. Das Projekt des Main-Donau-Kanals für denjenigen des Neckar-Kanals zweifellos überlegen, da der Mainkanal ein viel größeres und bedeutenderes Hinterland durchzieht, das nahezu das ganze Gebiet zwischen dem Mittelrhein und der mittleren Donau beeinflußt.

Paris, 15. Febr. „Dalla Express“ meldet, Amerika beschuldigt den französischen Handel an sich zu reichen. Schon seien die vier ersten Dampfschiffe von Paris durch amerikanische Posten aufgehalten worden, die dort Ankerplätze einnehmen.

Nemels Hebergsche

Berlin, 17. Febr. Die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet aus Moskau, daß dort gestern im Reichshaus die Hebergsche, das Hauptgeschäft durch den Reichskommissar, Ardenkowsky, an den Oberkommissar des Reichs, General Odrin, erfolgt sei.

Auf dunklen Wegen.

Roman von Ed. Wagner.

Kingscourt nickte nur schweigend. Fortsetzung.
„Wenn nichts anderes getan werden kann, so erfülle die Bedingungen der Abmachung der drei Monate,“ sagte Kingscourt. „Es ist mein ganz besonderer Wunsch, daß, wenn meine Eltern nach England zurückkehren, ich sie begleite.“
„Ich werde euch nicht in größere Bedrängnis kommen lassen,“ versicherte Wilfrid. „Wenn irgend möglich, soll ihr ohne Vorgesetztes frei werden. Es tut mir leid, euch unter den Banden lassen zu müssen. Der Himmel beschütze euch, meine Freunde! Lebt wohl!“
Er reichte nochmals jedem die Hand, lenkte sein Kopf um und sprengte in der Richtung davon, woher sie gekommen waren.
„Salt!“ rief der Graf. Mein Diener muß mit ihm gehen!“
„Ich verlasse Sie nicht, Mylord!“ rief Briggs. „Wohin Sie gehen, gehe auch ich! Schiden Sie mich nicht fort!“
„Treuer Diener,“ sagte Spiridon gutmütig, „du sollst bleiben! Es ist die Pflicht eines guten Dieners, das Schicksal seines Herrn zu teilen, und wenn ich Wilfrids Eltern nach England schicke, hast du mein Versprechen, daß ich keine bleibenden Spuren der letzten Begegnung hinterlassen werde. Und nun, Mylord,“ sagte er, „ich verlaß dich, wenn du mich nicht mit dir nimmst.“
„Ich verlaß dich,“ sagte Spiridon gutmütig, „du sollst bleiben! Es ist die Pflicht eines guten Dieners, das Schicksal seines Herrn zu teilen, und wenn ich Wilfrids Eltern nach England schicke, hast du mein Versprechen, daß ich keine bleibenden Spuren der letzten Begegnung hinterlassen werde. Und nun, Mylord,“ sagte er, „ich verlaß dich, wenn du mich nicht mit dir nimmst.“
Er entließ die beiden anderen Diener und die Führer, welche sich häufig entfernten. Dann erfolgte

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 18. Februar.

Mit dem heutigen Tage übernimmt Herr Reichsminister Richard B. v. S. ein Siedentisch und doch mit unserer engeren Heimat fest verbunden, die Hauptverpflichtung des Reichsminister Tagesblattes. „Der neue Stiefel an den Füßen hat, geht darum noch keinen neuen Weg,“ und so wird auch an der Eigenart unserer Zeitung, wie sie bisher sich Freunde erworben, nicht gerüttelt werden, wenn auch Reformen, dem Geiste der Zeit entsprechend, nicht zu umgehen sind.

Besonders sind die Zeitungen als Sekundärzeitung der Geschichte dazu berufen, Gegenwartsgeheimnisse zu schreiben. Keine Zeitung vermag das besser als eine, die — seiner Partei dienbar, nur die Interessen der Heimat vertretend — die strengste Objektivität sich zum obersten Grundsatze gemacht hat. Zur Erreichung dieses Zieles wird die neue Schriftleitung vornehmlich auf den Ausbau eines aller Denksarten baren aber doch lückenlosen Nachrichtenendienstes bedacht sein, um die Zeitung zu einer zuverlässigen Informationsquelle auf dem Gebiet der äußeren und inneren Politik zu gestalten. Neben überfälliger Anordnung des Stoffes sollen zusammenfassende Rückblicke unseren Lesern einen besseren Einblick in die politische Lage und ein eignes Urteil über die Fragen der Gegenwart ermöglichen.

Auch das Gebiet der Kommunalpolitik soll eingehender als bisher behandelt und anregend gestaltet werden.

Unsere wichtigste Sorge soll aber auch weiterhin die Pflege unserer Heimatkultur sein, um die Zeitung zu einem Spiegelbild des Lebens und Treibens in unserer gottgesegneten Heimat zu machen. Soll sie jedoch auf diesem Gebiete anregend und fruchtbringend wirken, dann muß sie in fortgesetzter Kräfte- und Ansehenstausch mit dem Gesamtvolke des Volkes stehen, dann bedarf sie der Mitarbeit aller, auch der breiten Kreise unserer Volksgenossen. „Unser Tagesblatt“, unsere Zeitung, d. h. die Zeitung unserer Heimat, die das Leben, die Hoffnungen und Wünsche der ganzen Bevölkerung nach außen hin zur Geltung bringen soll, will das Reichstagesblatt auch fürderhin bleiben.

Fragen der Kunst und Wissenschaft, der neueren deutschen Literatur und Heimatgeschichte, der Religion, Erziehung und Lebenshaltung, Technik und Industrie sollen eine ausführlichere Würdigung finden als bisher, und wie die gefundenen Meinungen unseres Volkstums von selbst zur Veröffentlichung drängen, so wollen wir auch an seinen Kunst und fremd anmutenden Erscheinungen nicht unachtsam vorübergehen. Auch der Jugendbewegung unserer Tage stehen wir nicht von vornherein ablehnend gegenüber, vielmehr ihre Beteiligung am öffentlichen Leben innerhalb gewisser Grenzen im Interesse der Zukunft unseres Volkes.

Die Eigenart unseres Verbreitungsgebietes bringt es mit sich, daß wir unsere vornehmste Pflicht darin erblicken, unsern Teil beizutragen zur Überwindung der Gegensätze zwischen Stadt und Land. Mitarbeit ist uns dabei von jeder Seite willkommen, vor allem rechnen wir dabei auf das Entgegenkommen all derer, die zu Führern des Volkes in Stadt und Land berufen sind.

Unserer Frauenwelt und Jugend, die bekanntlich mit einer großen Schwäche für den Roman behaftet sind, hoffen wir durch Veröffentlichung literarisch wertvoller Romane, Novellen, Skizzen und Erzählungen eine begehrenswerte Lektüre zu schaffen. Daneben sollen der Humor und die Satire auch zu ihrem Recht gelangen.

So geben wir uns der Hoffnung hin, durch den Ausbau unserer Zeitung nicht nur ein stärkeres Band um unsere bisherigen Leser zu schlingen, sondern uns zu den alten noch eine steigende Anzahl neuer Freunde zu erwerben, damit das Reichstagesblatt in Wirklichkeit das werde, was es im Munde unserer Leser schon heute ist.

„unsere Zeitung“

Verlag des Reichstagesblattes

Fr. Kehr.

o. Der Gewerbeverein hat morgen abend in der „Stadt Rauch“ eine Besprechung über den geplanten Fortbildungskurs für Handwerker.

o Fahrplan. Unsere heutige Nummer enthält nochmal den seit 15. Febr. gültigen Fahrplan. Der bessere Uebersicht halber sind die werktags, sonntags oder jeden Tag fahrenden Züge genau unterschieden. Auch das neuerdings auf der Bahnstrecke verkehrende D-Zugpaar ist mit aufgenommen.

o Balettarife. Vom 1. Februar ab sind die Gebühren für Postpakete nach Dinemork, Island, Schweden und 8 Mk., Italien Romagnanland (direkter Seeweg) auf 14 Mk., Großbritannien und Island, Schweden auf 16 Mark festgesetzt.

o Depeschenverkehr bei der Eisenbahn. Der mit Kriegsbeginn bei der Eisenbahn eingeführte Privatdepeschenverkehr ist jetzt wieder eröffnet, jedoch dem Publikum nun wieder Gelegenheit gegeben ist, auch auf den Bahnhöfen Depeschen aufzugeben.

o 126 900 Gefangene heimgeführt. Aus Frankreich sind bis heute rund 125 000 gefangene Mannschaften und über 1900 Offiziere in den einzelnen Durchgangslagern eingetroffen.

Niederlahnstein, den 18. Februar.

i. Vom Rhein. Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat bestimmt: Die Gültigkeitsdauer der Lebensmittelkarten für Vorratshalter beträgt hinfort 4 Wochen vom Tage der Ausgabe ab. Diese Regelung ist von dem Ausgabestellen auf dem Stamme der Karten in Abänderung des Vorbruchs handschriftlich oder durch Stempelvermerk kenntlich zu machen. An der Anordnung, daß die Lebensmittelkarten alle 14 Tage neu auszugeben werden, wird nichts geändert. Der Ausdruck eines Vermerks über die vierwöchige Gültigkeitsdauer auf den einzelnen Abschnitten ist künftig nicht mehr erforderlich.

o Camp, 18. Febr. Der Kapitän und Justizrat J. J. R. M. S. hat am 16. Februar vor der Prüfungskommission in Wiesbaden seine Meisterprüfung im Praktischen und Theoretischen mit „gut“ bestanden.

n. Frauenabteile in D-Zügen werden nach einer Verordnung der Eisenbahnverwaltung bis auf weiteres nicht mehr eingerichtet werden.

Aus Nah und Fern.

Vorch, 14. Febr. Herr Bürgermeister Bräse hat die auf ihrer Rheinreise befindlichen Minister gebeten, unser Städtchen zu besuchen und sich durch Augenzeugen von dem Wohlstand zu überzeugen, das uns durch den Bergbau betreffen. Die Minister sind aber ausgeblieben; statt ihrer kamen die Herren Unterstaatssekretär Ling, Regierungsrat v. Jäger und Abg. Döge. Die Herren nahmen eine Besichtigung vor. Herr Unterstaatssekretär Ling verabschiedete den Magistrat der hiesigen Anteilnahme der Staatsregierung und sagte deren dankbare Unterstützung zu. — Anschließend stattete man der Pfarrkirche einen Besuch ab, wobei Herr Dekan Dr. Ludwig in interessanter Weise Erläuterungen gab.

Köln, 16. Febr. (Versuchter Mordanschlag.) Ein etwa 20 Jahre alter Mädchen, das sich morgens 6 Uhr zur Kirche begeben wollte, wurde an der Ecke der Mohrenstraße von einem Manne ergriffen, der versuchte, es in einem breiten Arm zu schleppen. Den Hilferuf: „Mutter, Mutter!“, den das Mädchen ausrief, beantwortete der Mordversucher mit den Worten: „Die Mutter dich nicht!“ Glücklicherweise kam ein Straßenbahnwagen der Innendienstbahn, wodurch der Verbrecher gezwungen wurde, von seinem Opfer abzulassen.

Göttingen, 16. Febr. Einen akademisch gebildeten Nachschwärmer sucht im Gort. Tagel. ein Rittergutsbesitzer Krüchel auf Heidenhausen bei Eichenberg mit folgender Anzeige: „Zur Nachschwärmung meines Gutshofes suche ich zuverlässigen jungen Mann, der gleichzeitig Gelegenheit hat, die Landwirtschaft kennen zu lernen. Gegebenenfalls für Studenten geeignet, der in Göttingen Kollegien besucht, da Bahnverbindung vorhanden.“

Melbourne, 15. Febr. Seit 20 Monaten ist in weiten Teilen Australiens kein Regentropfen gefallen — eine nie erlebte Trockenzeit ist die Folge.

Selbstverständlich wird die Ernte entsprechend ausfallen, nachdem schon die vorangegangenen Jahre unter der Trockenheit gelitten hatten.

Aus aller Welt.

Eine interessante Entscheidung hat das Schöffengericht in Höchst gefällt. Zwei Metzgermeister hatten seiner Zeit ein größeres Quantum Schweinefleisch angeliefert, um es in ihren Geschäften nach entsprechender Zubereitung als Rauchfleisch weiter zu verkaufen. Als die Ware ankam, ergab es sich, daß es lauter minderwertige, zu dem gedachten Zweck nicht verwendbare Stücke waren. Ein Versuch, das Fleisch so im Geschäft zu verkaufen fand keinen Anklang. Zur Wurstbereitung, wozu das Fleisch ganz gut brauchbar war, fehlte unseren Metzger das dazu nötige frische Fleisch. Wollten sie also die Ware nicht verderben lassen (es handelte sich um etliche 20 Zentner im Werte von 15 000 Mk.), so mußten sie es anderweitig unterbringen. Sie fanden auch in einem Metzger aus Frankfurt einen Käufer, der bereit war, das Fleisch gegen einen hinter dem Einkaufspreis um etwa 1 Mk. pro Pfund niedrigeren Preis zu übernehmen. Bei der Ablieferung erfolgte aber an der Sperre die Beschlagnahme der Sendung. Wegen unerlaubten Großhandels hatten sich nun die beiden Metzger vor Gericht zu verantworten. Das Gericht ließ den Einwand der Verteidigung, daß es in dem vorliegenden Falle um einen Notverkauf handelte, voll gelten und erkannte auf Freispruch. Sobald das Urteil rechtskräftig sein wird, hat selbstverständlich die Aufhebung der Beschlagnahme zu erfolgen, bezw. es ist dem Beschlagnahmten Ersatz für die von der Kreisfleischstelle verarbeitete Ware zu erstatten.

Bruder mordet in München. Der 17jährige Gymnasiast Max Boll, der am Dienstag seinen 19jährigen Bruder Fritz im Bett erschossen hat und unter Mitnahme von Schmutz- und Silberfachen flüchtig geworden ist, wurde Freitag nachmittag in einer Bar am Karlsplatz in München festgenommen. Er hat bei seiner polizeilichen Vernehmung erklärt, er habe das Bedürfnis gehabt, irgend jemand umzubringen, einerseits ob es sein Bruder, seine Mutter oder sonst jemand gewesen wäre.

Bravo dem Eisenbahner. Gegenüber den ständigen Klagen über das Schwinden des Pflichtbewußtseins in der Beamenschaft berichten wir mit besonderer Freude über einen Vorfall, der beweist, daß Treue und Ehrlichkeit auch heute nicht ausgestorben sind. Ein Eisenbahner dieser Tage an den Eisenbahnminister in Berlin: „Ich hatte am 24. Januar in dem vom Potsdamer Bahnhof um 12.35 Uhr abfahrenden Zug in einem Abteil mit sechs anderen Personen Platz genommen, als kurz vor Abgang des Zuges ein mit einer Dienstkarte versehener Beamter um Vorzeigung der Fahrkarte bat; dies geschah nach einigen Minuten erschien der Beamte wieder in der Tür des Abteils und sagte zu mir, der ich am Fenster saß, sehr verbindlich: „Ich möchte Ihre Fahrkarte noch einmal sehen. Bitte reichen Sie sie mir herüber, ich möchte sie genau sehen.“ Jetzt wurde ich stutzig und hatte dabei die Empfindung, daß eine verdächtige Person bei einem anderen Reisenden gesucht werde. Ich sagte deshalb dem Beamten etwas abweisend: „Reichen Sie mir die Karte, aber aus der Hand gebe ich sie nicht. Ich habe sie rechtmäßig am Schalter gekauft.“ Der Beamte prüfte die Karte sehr genau, tauschte mit einem hinter ihm stehenden Herrn einige Worte und reichte mir dann zu meiner größten Verwunderung einen Hundertmarkschein mit den Worten: „Das ist Ihnen diesen Schein zurückzugeben, den Sie bei Lösung Ihrer Fahrkarte am Schalter zuviel bezahlt haben.“ An den zwei neuen Scheinen, die ich dem Schalterbeamten bei Lösung der Fahrkarte übergab, hatte tatsächlich ein dritter gefleht. Sie können glauben, daß die merkwürdige Spannung, die sich bei Beobachtung des Vorganges, unter den Mitreisenden geltend gemacht hatte, einer lebhaften Freude wich und ein herzhaftes Bravo für den wackeren Beamten zur Folge hatte. Der eigenartige Fall war unter den Reisenden noch lange Zeit Gegenstand der Unterhaltung, wobei die große Pflichttreue, die große Feindschaft — der Zug war bis auf den letzten Platz besetzt — und der erteilte Laus der beiden Beamten nach Gebühr bewundert wurde.“

Fälle dieser Art, in denen das Publikum durch treue Pflichterfüllung der Beamten vor Schaden bewahrt wird, sind sicher auch heute nicht selten. Es wäre zu wünschen, daß sie häufiger zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden. Die Beamten haben einen Anspruch darauf, nicht einseitig nur den Mel-

lungen über Verfehlungen von Amtsgenossen beurteilt zu werden.

Goldregen. Aus dem niedrigen Stand unserer Mark in Holland ziehen die Beamten und Angestellten der früheren Norddeutschen Eisenbahngesellschaft, deren Bahnlinie Bortel—Goch—Wesel am 1. Juli 1919 die holländische Staatsbahn übernommen hat, ganz erheblichen Nutzen. Die Staatsbahn zahlt den auf deutschem Gebiet, also zwischen Dassel und Wesel beschafften und wohnenden Beamten und Angestellten, überwiegend Deutsche, das Gehalt in holländischen Gulden aus. Infolgedessen hat sich ein wahrer Goldregen über diese Gläubigen ergossen. Ein Bahnwärter z. B., der monatlich 100 Mark bezog, erhält nach dem heutigen Stand der Währung monatlich 4000 Mark Gehalt; ein Beamter mit monatlich 300 Mark bezieht jetzt den Gulden zu 40 Mark gerechnet, 12 000 Mark monatlich. Wahrscheinlich ist der Stand des Geldes am Zahlungstage.

Räuberlicher Überfall. Am Samstagabend wurde in der Bauerschaft Alt-Waldsee (Bezirk Münster) von zwei leider unerkannt entkommenen Verbrechern ein räuberischer Überfall auf ein Bauernhaus verübt. Der Landwirt Döhrst sah mit zwei befreundeten Bauern in seinem zu ebener Erde gelegenen Wohnzimmer beim Kartenspiel am Tisch, als plötzlich mehrere Schüsse krachten, die von draußen durch das Fenster abgefeuert wurden. Die Wirkung war entsetzlich, von den Kartenspielern war einer tot, während der zweite schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte und der dritte leichter verletzt wurde. Die beiden Verbrecher drangen dann, ohne daß sich die Überfallenen zur Wehr setzen konnten, in das Haus ein und suchten nach Geld, das sie aber nicht fanden. Die Erregung in der Bevölkerung über die verbrecherische Tat ist begreiflicherweise eine sehr starke.

Was kostet eine Gasflamme?
Wenn am Monatsende die Gasrechnung erscheint, mag der rationierende Hausvater seiner besseren Hälfte nicht selten Vorwürfe über den allzugroßen Gasverbrauch im Kochherd, und andererseits fehlt es wohl auch in seiner Familie an Vorkehrungen, wenn das Gaslicht abends zu lange brennt. Dieses Drängen zur Sparfahigkeit hat uns größere Berechtigung gewonnen, nachdem der Gaspreis eine früher ungeahnte Höhe erreicht hat, stellt sich doch heute das Kubikmeter auf 40 Pfennig. Nun bestehen aber doch vielfach noch falsche Vorstellungen über die Kosten einer Brennstunde. Es ist festzustellen, daß eine Gasflamme in einer Stunde etwa den achten Teil von einem Kubikmeter verbraucht. Eine solche Flamme müßte also schon acht Stunden brennen, bevor ein Kubikmeter Gas verbraucht ist. Weniger sparsam stellt sich das Gaslicht dar; es verzehrt in der Stunde den sechsten Teil eines Kubikmeters. Befriedigend teurer stellt sich natürlich der Verbrauch von Kochgas. Eine Kochflamme beansprucht bei voller Öffnung des Rohres ungefähr ein halbes Kubikmeter Gas, während eine eingestellte oder eine Sparflamme den sechsten oder gar den fünften Teil der vollen Flamme braucht. Vielfach besteht die richtige Meinung, daß das Automatengas sich heute im Verbrauch teurer stelle als die Entnahme durch den üblichen Gasmesser. Demgegenüber kann gesagt werden, daß der Preis hier wie dort derselbe ist.

Wildbildehl mittels Hund.
Das Reichsgericht hat in einer Reihe von Fällen das Jagenlassen von Hunden auf fremdem Jagdgebiet als Jagdvergehen angesehen. In einem Falle ging der Angeklagte auf seiner Pachtjagd in Begleitung seines Hunden mit schußfertigem Gewehr die Grenze des Jagdgebietes entlang; unterdessen lief sein Zettel im Kochherd umher und gab ab und zu Laut. An einer Stelle der Grenze stellten sie sich schußfertig auf, den Hund riefen sie nicht zurück. Sie sind wegen gemeinschaftlichen Jagdvergehens verurteilt. Abfälligkeit hatten sie es unterlassen, den Hund zurückzurufen, weil es ihrem Willen entsprach, daß er das Wild in dem fremden Jagdgebiet aufsuchte und ihnen jätete. Dabei ist es unerheblich, ob sie den Hund schon von vornherein in dieser Absicht mitgenommen hatten; es genügt, daß sie das Ueberlaufen des Hundes und sein Stöbern im fremden Jagdgebiet offensichtlich duldeten. In einem anderen Falle übten zwei Jäger in ihrem Jagdgebiet die Jagd aus und ließen dabei ihre zwei Dackelhunde über die Grenze laufen, obwohl sie wußten, daß die Hunde sich nicht zurückrufen lassen würden. Die Hunde haben in dem Nachbargebiet Wild verjagt. Die Jäger sind wegen gemeinschaftlichen

Jagdvergehens bestraft. Sie waren bereit und entschlossen, das von den Hunden in der Nachbargebiet jagd gemachte Wild sofort, wenn es auf ihre eigene Jagd gekommen wäre, zu erlegen. Darin liegt ein Eingriff in die fremde Jagdberechtigung. Auch gemeinschaftlich haben sie gehandelt, indem sie bewußt und geteilt bei diesem Eingriff zusammengegriffen haben, eine ausdrückliche Vereinbarung dazu war nicht erforderlich, es genügt stillschweigendes Einverständnis.

Der Ausverkauf durch die Holländer hat in Edebe so bedenkliche Formen angenommen, daß die Geschäftsinhaber beschloßen haben, Waren, die zum täglichen Gebrauch gehören, nicht mehr an die Holländer zu verkaufen und Luxuswaren nur zu bedeutend erhöhten Preisen an die Holländer abzugeben. Dieser Beschluß ist lediglich in der Absicht gefaßt worden, unsere deutsche Produktion zu schützen. Der Ausverkauf ging in den letzten Tagen so weit, daß die Geschäftsträger und Warenhäuser usw. „Schwarz von Menschen“ waren.

Lebte Nachrichten.
Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg. Schwerin, 17. Febr. Herzog Albrecht von Mecklenburg ist gestern nachmittags auf Schloß Wighat im Alter von 63 Jahren entschlafen. Der Herzog war als Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft ein Hauptkämpfer der deutschen Kolonialmacht.

Zur Lage der Eisenbahnen.
Paderborn, 17. Febr. Infolge der großen Unwirtschaftlichkeit der Eisenbahnverhältnisse ist man auch in den beiden hiesigen Verwaltungen zu Maßnahmen geschritten. Durch Massenentlassungen von etwa 1 000 Mann hat man die ungenutzten und überzähligen Arbeiter aus beiden Verwaltungen entfernt. Die Leute wurden sofort abgelehrt unter Zahlung des Lohnes auf 14 Tage statt Räumigung. Die verbleibenden Arbeiter mußten sich verpflichten: 1. auf volle achtstündige Arbeitszeit (bisher wurde nur 7 1/2 Stunden gearbeitet); 2. Arbeiten im Akkord auf Grund des Tarifvertrages; 3. Rauchverbot in allen Betrieben. Beide Eisenbahnverwaltungen wurden militärisch besetzt, um ev. Ausbreitungen der Ausschreitungen zu verhindern.

Polen vor dem Angriff der Bolschewisten.
Amsterdam, 17. Febr. Der Warschauer Richterpräsident einer hiesigen Zeitung hat eine Unterredung mit dem General Biskupski. Der General bezeichnet es als sehr wahrscheinlich, daß die Bolschewisten eine Offensive gegen Polen planen, denn sie verdrängen Tag für Tag ihre Streitkräfte und bereiten sich zu Angriffen vor. Der General erklärte jedoch, man brauche nicht so unruhig zu sein, denn die Bolschewisten seien fast alle Soldaten. Es sei ausgeschlossen, daß Polen in diesen Kämpfen unterliegen könne, selbst wenn es den Bolschewisten gälte, einen beschränkten Erfolg zu erzielen.

Eingefandt.
Die alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel übernahmen die Redaktion nur die persönliche Verantwortung. Redakteur: Siegfried Wöhrle.

Rentenempfänger-Verein.
Gute erfreuliche Fortschritte macht der ins Leben gerufene Rentenempfänger-Verein. Auf der letzten Versammlung waren über 70 Personen anwesend. Teils von hier, teils von auswärts. Als Referent war Kollege Robert Jünger. Telefonisch wandte sich Herr Ladebeck an Herrn Bürgermeister de Boys, und bat ihn, wenn eben möglich, der Versammlung beizuwohnen. Nach kaum 10 Minuten erschien der Bürgermeister, von den Anwesenden freundlich begrüßt. Hieraus eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Herr Ladebeck führte vor Augen, wie nötig der Zusammenschluß gerade der Ärmsten der Armen sei. Zwar sei ihnen seitens des Staates oder der Berufsgenossenschaften eine Rente ausbezahlt, die aber schon in früheren normalen Zeiten zum Leben bei weitem nicht ausreichte, geschweige denn bei den heutigen Zeiten. Es müßte, da ein einzelner nicht vermöge, durch Gründung von Ortsgruppen, die sich an den Zentralverband anschließen, an die Regierung appelliert und unsere Lage geschildert werden. Alsdann gab er die Sitzungen des Verbandes

besant. Der Redner forderte die Anwesenheit auf, ihre Wünsche gerade in Anwesenheit des Bürgermeisters auszusprechen, da es dessen Wunsch sei, volles Vertrauen zu ihm zu haben. Der Bürgermeister versprach jedem als Helfer und Berater zur Seite stehen zu wollen, soweit es ihm möglich sei, und bat um volles Vertrauen. Mit einstimmigem Bravo wurde ihm gedankt. Zum Schluß fand die Annahme von ungefähr 60 neu hinzu tretenden Mitgliedern statt. Daraus wurde die Versammlung geschlossen.

Kommissionen.
So wenig mir der Einsender des Nr. 36 erschienenen Artikels bekannt ist, muß ich seiner Meinung doch vollständig beistimmen: „Beamte des Gas- und Wasserwerks dürfen nicht als Mitglieder der Gas- und Wasserwerkskommission angehören, wohl aber ist es notwendig, daß sie zu Sitzungen der Kommissionen mit hinzugezogen werden.“
Unser Gewerkschaftsrat schreibt uns hierzu noch: „Beider scheint der Einsender in Nr. 36 des L. T. der Meinung zu sein, als habe ich gegen die Beamten des Wasserwerks zu Felde ziehen wollen, was wir aber fern liege, aber nichtsoweniger: So gut wie ein Buchhalter nicht zugleich Buchhalter sein, so gut wie ein Beamter des Wasserwerks der G. u. W. Kommission als Mitglied angehören.“
Damit wollen wir die Sache ruhen lassen und hoffen, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Zusammenfassung der Kommission noch einmal prüfen wird.

Hauptkassier: Otto Richard Wanning.
Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Otto Richard Wanning, für den lokalen und vermittlung Teil: Karl Schmidt, für den Anzeigen- und Reklameteil: H. Kauf, sämtlich Oberlehrer. Druck und Verlag der Buchdruckerei Fr. Schmid, Inh. Fr. Mohr, Oberlahnstein.

Amtliche Bekanntmachungen.

Tarifierhöhung für elektrische Energie.
Ab 1. Januar 1920 stellen sich die Strompreise in Berücksichtigung der erhöhten Kohlenpreise für Beleuchtungszwecke auf 1,35 M pro Kilowattstunde; für Kraftzwecke auf 0,65 M pro Kilowattstunde; und die Basischale von 50 Watt auf 5,05 M.
" 60 " " 6,05 M.
" 80 " " 8,05 M.
" 100 " " 10,10 M.
" 120 " " 12,10 M.
" 150 " " 15,10 M.
" 200 " " 20,15 M.
" 250 " " 25,20 M.

Die Herren Bürgermeister der beteiligten Gemeinden ersuche ich um gefällige ortsbändige Bekanntmachung.
St. Goarshausen, den 14. Februar 1920.
Der Vorsitzende des Kreisnassschusses.
J. B. Jann.

Anordnung
über das Schlachten von Ziegenmutter- und Schafslämmern.

Vom 28. Januar 1920. (Schl. Reichsanz. Nr. 28.)
Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsanwalters über ein Schlachtverbot für trüchtige Kühe und Sauen vom 28. Aug. 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 515) wird hiedurch folgendes bestimmt:

§ 1.
Die Schlachtung aller Schafslämmern und Ziegenmutterlammern, die in diesem Jahre geboren sind oder geboren werden, wird bis auf weiteres verboten.
§ 2.
Das Verbot findet keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu besorgen ist, daß das Tier an einer Erkrankung verenden werde, oder weil es infolge eines Unfalls sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung der für den Schlachtungs-ort zuständigen Ortspolizeibehörde anzuzeigen.
§ 3.
Ausnahmen von diesem Verbote können aus dringenden wirtschaftlichen Gründen vom Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde, zugelassen werden.

§ 4.
Juwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 5 der einigungs-erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 M oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 5.
Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger in Kraft.
Berlin, den 28. Januar 1920.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Wird veröffentlicht.
St. Goarshausen, den 16. Febr. 1920.
Der Landrat. J. B. Jann.

Bekanntmachung.
Die Stadt beabsichtigt, weiter Holz rationiert an die Bürger abzugeben. Um festzustellen, welche Holzungen hierzu erforderlich sind, wollen sich die Interessenten am
19. Februar 1920 für den ganz Buchstaben S
20. Februar 1920 für die Buchstaben T—Z
und zwar in den Nachmittagsstunden von 2 bis 5 Uhr im Rathhaus Zimmer 5 in die dafelbst offen liegende Liste eintragen lassen und die für die Dauer eines Jahres erforderlichen Brennholzmengen angeben.
Oberlahnstein, den 14. Februar 1920.
Der Magistrat
de Boys.

Die hiesige Stadt will zur Pflege der Anlagen nebst Baumschnitt
einen Gärtner
einstellen oder diese Arbeiten einem hiesigen leistungsfähigen Gärtner übertragen.
Bewerbungen mit Nachforderungen wollen man binnen 8 Tagen bei uns einreichen.
Oberlahnstein, den 13. Februar 1920.
Der Magistrat:
de Boys.

Die Stadt beabsichtigt
einen Waggon Selberüben
zu kaufen. Der Preis beträgt voraussichtlich 30 Mark pro Zentner. Befestigungen werden am
Donnerstag, den 19. Februar,
morgens von 8—12 1/2 Uhr entgegen genommen.
Oberlahnstein, den 18. Februar 1920.
Stadt. Lebensmittelamt.

Die Fleischwarenabgabe
Anbet am Freitag, den 20. Februar morgens von 9—12 und nachmittags von 2—4 Uhr statt.
Oberlahnstein, den 18. Februar 1920.
Stadt. Lebensmittelamt.

Gewerbliche Fortbildungsschule
Niederlahnstein.
Der Unterricht beginnt Donnerstag abend 8 Uhr.
Der Schullehrer.

Bekanntmachung.
Die Jagdnutzung auf dem hiesigen gemeinschaftlichen Jagdbezirk, der einen Flächeninhalt von etwa 300 ha Feld und 300 ha Wald hat, soll am
Samstag, den 6. März d. Js.,
mittags 1 Uhr, im Rathhause hieselbst
öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gegeben und können auch vorher bei mir eingesehen werden.
Oberlahnstein, den 8. Februar 1920.
Der Jagdvorsteher:
Magerner.

Die Festwände waren naß und die Luft dumpf. Kollos ließ sich auf einen Stuhl nieder und schauerte unwillkürlich, als er sich in dem dunklen und dumpfen Lohge umfah.
„Du mußt drauhen schlafen“, sagte Laros zu Briggs in griechischer Sprache, welche der arme Diener nicht verstand. „Meine Herren Engländer, diese Motten sind Ihre Beiden. Während des Tages können Sie sich in der äußeren Halle aufhalten, des Nachts werden Sie hier eingeschlossen.“
„Ich würde keinen Hund in ein solches Loch einsperren!“ rief Lord Kingscourt entrüstet.
„Wenn Ihnen das nicht gefällt, wissen Sie, daß Sie nicht nötig haben, lange hier zu bleiben“, erwiderte Laros.
„Laß uns in die größere Höhle zurückkehren, Bertin“, sagte der Graf. „Wir müssen uns in diesem Loch nicht länger aufhalten, als unbedingt notwendig ist. Es ist hier ungesund. Gott weiß, was aus uns werden wird, wenn nicht bald Hilfe kommt, und ich lange an zu fürchten, daß wir keine zu erwarten haben. Hier werden uns die Soldaten der griechischen Regierung schwerlich auffinden und nach drei Monaten werden wir tot oder wahnsinnig sein!“

Ein rettender Engel.
Das Abenteuer Lord Kingscourts und seiner Freunde in Griechenland erregte ungeheures Aufsehen nicht nur in Athen, sondern auch in England und in der ganzen zivilisierten Welt. Kapitän Wilbraham tat das Seine, um die Gemüter zu erregen und aus dieser Erregung den möglichst größten Vorteil für seine geliebten Freunde zu ziehen. Entrüstete Engländer schrieben Berichte an die Zeitungen und verlangten von der Regierung energigeführes Einschreiten, damit die Angriffe auf die Freiheit und das Eigentum englischer Untertanen gedehrend bestraft werde. Englische Damen sprachen von der Sache als „sehr romantisch“ und schauten sich, mit den Helmen

dieses Abenteurers zusammenzutreffen. Der Marquis von Middleton, der Vater Bertin Kollos, wandte sich persönlich an die Königin. Die vornehmen Verwandten des Grafen Kingscourt und viele hochgestellte Personen, welche mit Vergnügen in ein verwandtschaftliches Verhältnis zu dem jungen Manne getreten sein würden, verwendeten sich zu gunsten desselben. Die Regierung tat sogleich die nötigen Schritte zur Befreiung der beiden jungen Männer und trat zu diesem Zweck in einen lebhaften schriftlichen Verkehr mit der griechischen Regierung. Seitens der letzteren wurden energigeführe Maßnahmen ergriffen. Truppen wurden ausgesandt, um die Straßen, Wälder und Täler zwischen Athen und Korinth zu durchstreifen, die Berge, Felsen und Schluchten zu durchsuchen, — aber alles ohne Erfolg.

Von den Räubern oder ihrer Zufluchtsstätte war keine Spur zu finden.
Zwei Monate verstrichen, das Ende des dritten nahte heran. Die Besorgnis und Angst der Leute steigerte sich aufs Höchste. Geschichten von der furchtbaren Grausamkeit Spiridions, gingen von Mund zu Mund und wurden mit den üblichen Ausschweifungen in den Zeitungen abgedruckt. Man erinnerte sich, daß er erst vor einem Jahre die Ehren eines Gefangenen zu dessen Verwandten geschickt hatte, weil diese gezeugt hatten, das Lösegeld zu zahlen. Man erinnerte sich, daß er zwei ihm verhaftete Personen, die in seine Hände gefallen waren, zu Tode gemartert hatte.

Kapitän Wilbraham entschloß sich endlich, das Lösegeld zu nehmen und nach Athen zurückzukehren, um seine Freunde zu befreien. Der Marquis von Middleton und der Agent des Grafen verhalfen ihm zu dem Gelde.
Während dieser Zeit hatten die Gefangenen furchtbare von der Heuschrecke, Ratten und ungeheuren Läst nicht nur, sondern auch durch allerlei Entbehrungen zu leiden, so daß ihnen das Leben in dieser

Höhle bis zum Uebermaß zuwider war. Sie waren matt und entrüstet und schauten sich nach frischer und gesunder Luft. Schon vor längerer Zeit hatten sie sich entschlossen, das Lösegeld zu zahlen und später auf Mittel zu finden, die Räuber zu zichtigen und sie für die Zukunft unschädlich zu machen.
Lord Kingscourt hatte zwei Briefe an Kapitän Wilbraham geschrieben. In den einen derselben hatte er eine Anweisung von zwanzigtausend Pfund gelegt, welche er ihn bat, mit den fünfzehntausend Pfund für Kollos sogleich zu bringen.

Dieser Brief war unterwegs durch Zufall irgendwo liegen geblieben und Wilbraham empfing ihn erst an dem Tage, an welchem er nach Athen aufbrechen im Begriffe stand. Er erhob das Geld und reiste in Begleitung zweier anderer Offiziere ab. Die Zeit war kurz bemessen, und die geringste Verzögerung konnte für seine Freunde gefährlich werden.
Als sie in Triest anlangen, erfahren sie, daß der Dampfer, mit dem sie zu fahren gedachten, bereits abgegangen war. Nichts blieb ihnen übrig, als den Abgang des nächsten Dampfers abzuwarten, oder auf einer anderen Route weiter zu reisen. In beiden Fällen war die verhängnisvolle Verzögerung eingetreten, denn, wie sie es auch anfangen mochten, sie mußten im günstigsten Falle Athen zwei Tage später erreichen, als sie es beabsichtigt hatten.

Kapitän Wilbraham war in Verzweiflung, er wußte, daß er nicht mehr zur rechten Zeit ankommen konnte, seine bedrängten Freunde zu retten.
Der Tag, an welchem das Schiffsal Lord Kingscourts und seines Freundes Kollos entschieden werden mußte, war endlich angebrochen. In ihrer Höhle hatten die Räuber in finsterner Erwartung der kommenden Dinge. Einige spielten Karten, andere erzählten sich Geschichten und wieder andere rauchten und tranken.
Briggs sah auf einer Bank, den Kopf auf beide Hände gestützt.

„Kun, Bertin“, sagte Lord Kingscourt, das längere Schweigen brechend, „unsere drei Monate sind heute zu Ende.“

„Gott gebe, daß Wilbraham mit dem Gelde in Athen ist“, erwiderte Kollos. „Spiridion's Vertrauen ging gestern aus, um ihn aufzusuchen. Wenn er das Geld mitbringt, werden wir heute abend frei sein.“

„Wir haben weder frische Luft genossen, noch das Tageslicht gesehen, seitdem wir diese Höhle betreten“, sagte Kingscourt. „Wir sind beide schwach und leidend. Ich fürchte, dieses Abenteuer hat mir bleibenden Rheumatismus eingebracht. Ich fühle mich sehr unbehaglich.“

„Kingscourt“, sprach Kollos ernst, „ich habe ein schrecklich ängstliches Gefühl. Der Vate des Hauptmanns Spiridion muß jeden Augenblick zurückkehren. Wie, wenn er mit leeren Händen kommt? Wie, wenn Wilbraham nicht angekommen ist?“

„Du machst dir unnötige Sorge, Bertin. Er hat Zeit genug gehabt, zu kommen. Er ist in Athen und wartet jedenfalls nur auf die Gelegenheit, mit Spiridion zu verkehren.“

„Aber wenn er Aufenthalt gehabt haben sollte? Ich habe eine schreckliche Ahnung. Wenn er krank gemorden wäre? Es gibt der Möglichkeiten so viele.“

„Daß wir gar nicht an sie denken wollen“, unterbrach ihn der Graf. „Laß uns das beste hoffen, Bertin. Wenn etwas passiert und Wilbraham nicht in Athen ist, oder wenn er zu sicher auf die Posten gebaut hat, die Soldaten würden uns befreien, dann allerdings wird das schlimmste eintreten. Spiridion ist ein Teufel in Menschenhülle. Es würde ihm das größte Vergnügen machen, unsere Ehren vom Kopfe zu trennen und sie nach England zu schicken.“

(Fortsetzung folgt.)

Holz-Verkauf

im Gemeindewald Himmighofen.

Mittwoch, den 25. Febr. ds. Js. mittags 1 Uhr
wird auf hiesigem Bürgermeisteramt nachste-
hendes Nutzholz öffentlich versteigert:

Distr. Braubacherweg 18a

79 Kieferstämme von 63,21 Fm.,

1 Rottannenstamm v. 1,83 "

Distr. Gemsmannsb. 7b

2 Lärchenstämme von 0,46 "

7 Rottannenstämme v. 2,31 "

48 Rottannenstangen I. Kl. von
432 Fm.

18 Rottannenstangen II. Kl. von
1,08 Fm.,

43 Rottannenstangen III. Kl. von
1,29 Fm.

Die Kaufbedingungen werden vor dem
Termin bekannt gegeben. Wegen Besichtigung
des Holzes wende man sich an Herrn Förster
Klein in Bogel. 838

Himmighofen, den 16. Febr. 1920.

Der Bürgermeister: Wiegand.

Stammholzverkauf.

Am Donnerstag, den 26. Februar, nachm. 3 Uhr
werden auf dem Rentamt in Osterspau
a. Rh. versteigert:

190 Buchenstämme von zus. 163,6 Im.

19 Eichenstämme von zus. 22,25 Im.

1 Eschenstamm von 0,50 Im.

Die Bedingungen und Listen werden gegen
Schreibgebühr eingesandt. Besichtigung
nach vorheriger Anmeldung. 842

Freiherrl. von Preußen'sches Rentamt.

Freiw. Feuerwehr Oberlahnstein.

Donnerstag, den 19. Februar er.,
abends 7 1/2 Uhr

Haupt-Versammlung

bei Herrn Nikolaus Schaub.

Vorstandwahl, Geschäfts- und Kassen-
bericht, Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder muss
im Interesse der Sache erwartet werden.

Oberlahnstein, 18. Februar 1920.

Das Kommando

Gesoben, Das Bürgermeisteramt. 834

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene der Orighruppe St. Goarshausen.

Sonntag, den 22. Febr. 3 1/2 Uhr nachmitt.
im Saalbau „Hohenzollern“ St. Goarshausen

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes

2. Anträge und Wünsche.

Noch nicht beigetretene Kriegsbeschädigte und
Hinterbliebene werden höf. gebeten, an besagter
Versammlung teilzunehmen. 838

Der Vorstand.

Zu verkaufen, etwa 300 Apfelhochstämme

gute Wirtschaftssorten.

Freiherrlich von Preußen'sches Rentamt, Osterspau a. Rh.

Lichtspielhaus

Lahnstein

im Saale des Nassauer Hofes,
Niederlahnstein.

Heute zum letzten

Male:

Die Insel der Verdammten

Drama in 5 Akten.

Das Mädel vom Ballett

Lustspiel in 3 Akten.

Morgen

Donnerstag und Freitag

Die letzten Tage von Pompeji

Anfang 8 Uhr.

Städtische höhere Mädchenschule

— Oberlahnstein. —

Anmeldungen können täglich bis zum 30.
März er. von 11—12 Uhr im Schulgebäude,
Hafenstrasse 1 Zimmer I, erfolgen.

Für die schulpflichtig werdenden Kinder
sind Geburts- bzw. Tauf- und Impfschein,
für Schülerinnen, welche aus anderen Schulen
übertraten, Impfschein und das letzte Schul-
zeugnis vorzulegen.

Das Schulgeld beträgt für die drei unteren
Klassen vierteljährlich 18 Mk., für die übrigen
Klassen 23 Mk. Auswärtige bezahlen 5 Mk.
mehr.

Schlaadl, Schulpfleherin.

Photo-Sport-Haus

Rudolf Pillen

— COBLENZ. —

Schlossstrasse 53.

Telefon 215.

Rheinstrasse 20

Telefon 627.

Bleibende Erinnerungen schafft man sich
und seinen Angehörigen durch die An-
schaffung eines Photo-Apparates

Blutarme, Nervenschwache, Schwerkränke, Überarbeitete u. Wöchnerinnen

Fabrikat: Chemische
Fabrik Apotheke Johann
Fritz Neuhaus, Ott-
weiler (Bez. Trier).

Neoterrol-Pillen!

In all. Apotheken zu haben.
Wo nicht erhältlich, Versand
portofrei, d. Adler-Apotheke
Ottweiler (Bez. Trier).

Preis Mk. 3.—

Kreisverband für Handwerk und Gewerbe im Kreise St. Goarshausen.

Der unterzeichnete Vorstand ladet hiermit alle Ge-
werbetreibende, Handwerker und Innungen unserer
Kreis, sowie alle Herren Auswahlmänner zu der am
Montag, den 1. März, nachmittags 2 Uhr
im Saale des Herrn Anton Frank zu Camp statt-
findenden

Kreisversammlung

freundlichst ein und bittet die Gewerbetreibenden und In-
nungen ihre Vertreter und die Auswahlmänner, hierzu
entweder zu wollen.

Der Vorstand des Kreisverbandes:

Ed. Schickel, Vorsitzender, Ad. Lamb, Schriftführer

BRAUSACH, den 19. Februar 1920.

Die Tagesordnung umfasst folgende Beratungsgegen-
stände:

1. Bericht des Vorstandes über bisherige Tätigkeit
2. Statutenänderung
3. Beratungs- und Auskunftsstelle
4. Besprechung des aufgestellten Halbjahresplanes
5. Festsetzung der von den angeschlossenen Vereinen
und Korporationen zu entrichtenden Beiträge
6. Aussprache über die Festsetzung der Unterrichtszeit
in den gewerblichen Fortbildungsschulen
7. Sonstige Verbandssachen
8. Bestimmung des Ortes und der Zeit der nächsten
Versammlung. 839

Zwangsinnung für das Schmiedehandwerk

im Kreise St. Goarshausen.

Samstag, den 21. ds. Ms., mittags 12 1/2 Uhr

(deutsche Zeit)

findet im Gasthaus „Zur schönen Aussicht“
(L. Rück) zu Nastätten die erste

Haupt-Versammlung

statt, wozu alle Mitglieder eingeladen werden

TAGE-ORDNUNG:

1. Wahl eines Vorsitzenden (Ober-
meister) und des Vorstandes.
2. Besprechungen über Einführung von
Richtpreisen.
3. Aussprache über Schmiedeberufs-
genossenschaft.
4. Vorschläge über Ort der nächsten
Versammlung.

Bemerkt wird, dass nach § 4 des Statuts je-
der der im Kreise St. Goarshausen wohnt und
das Schmiedehandwerk selbstständig betreibt,
Mitglied der Innung ist und verpflichtet ist an
den Versammlungen teilzunehmen.

Der Vorsitzende:

Aug. Schmidt.

Für altes Eisen und Guss,

sowie alle anderen Metalle, wie

Kupfer, Messing, Blei, Zink,

Zinn, Rotguss usw.

zahlen wir enorm hohe Preise.

Pfingstfabrik Wagner,

Nastätten.

G. E.

Donnerstag, 19. Febr.

(evtl. auch Freitag)

Kugellager.

M. G. V.

O. Lahnstein.

Donnerstag

Probe.

Vollständiges Erscheinen er-
wartet. 835

der Vorstand

Sozialdem. Partei

Ortsgruppe N. Lahnstein

Samstag, 19. Februar

nachm. 7 Uhr

Mitglieder- Versammlung

bei Hillig.

Um pünktliches Er-
scheinen bittet. 880

der Vorstand

Ausgekämmte

Haare

kauft zu höchsten Preisen

Max Meppel,

Prüver.

Mädchen

für leichte Arbeit ge-
sucht

Buchdruckerei Fr. Mohr.

Wiederverkäufer!

Keks

liefert

Heuser, Buch (Tannus).

Muster gegen Einsendung

von 3 Mk. in Marken.

Ferner

— Glimmerkarten —

Muster gegen Einsendung

von 1.00 in Marken.

Wegen Erkrankung

meines Personals an Grippe bleibt mein Ge-
schäft diese Woche

geschlossen.

H. O. Stammer, Boppard

Alle Hals-, Lungen-, Asthmalende mit hart-

näckiger Bronchitis, chronischem Husten,

Verschleimung und Heiserkeit

behandelt einen Versuch mit „Antitipal“

machen. Hilft sofort!

Es löst den Schleim, nimmt den Hustenreiz und ver-

nichtet die Krankheitsreize.

Tausendfach bewährt! Aerztlich empfohlen.

Zu haben in den Apotheken oder direkt durch chem.

pharm. Laboratorium W. Hahn, Köln-Bick-

dorf, Subbelratherstrasse 479. 696

Übernehme

Privatarbeit in Schneiderei

Anfertigung von Blusen, Kleidern, Röcken,

Jackenkleidern usw. Modernisierung aller

Sachen, sowie Anfertigung von Wäsche.

Nur erstklassige Arbeit.

Frau Martha Kadenbach,

Lahnstrasse 41, Oberlahnstein.

Hannoveraner Ferkel

und Läufer am Bahnhof in St. Goarshausen

von 9 Uhr ab zum Verkauf stehen. 886

Fritz Bak, Zorn.

Aus meiner Waldung „Weibertal“ habe

ich zirka

300 Kiefernstangen

8—10 m lang und Durchmesser 20 cm zu

verkaufen.

Angebote bis 25. Februar an

Josef Stora, Hintermauergrasse.

Nussbaum-, Birnbaum- und Kirschbaumstämme

kauft stets, auch zum Selbstausmachen.

Holzhandlung O. Kugelmeier Söhne,

Braubach

Jugendliche Arbeiter

und Arbeiterinnen für leichte u. lohnende

Beschäftigung gesucht. 787

Drahtwerke Niederlahnstein.

Ein grösserer Posten

weisser

Maschinengarn

in Rollen von 50 m

8 Mk. die Rolle

hat abzugeben

Georg Fuhrmann,

N. Lahnstein — Hochstr. 11.

Polyphon-

Musikwerk

für Wirtschaft geeignet, so

wie

Grammophon

zu verkaufen. 793

Pianobau und Reparatur-

Werkstätte.

P. Eibel, Coblenz,

Clodtstrasse 15. Tel. 1286

Guterhalt vollständig.

Kinderbett

zu kaufen gesucht

Näh. Geschäft.

Zu frauenlosem Haus-

halt auf dem Lande ein

altes

Mädchen oder

Frau gesucht.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. Bl. 794

Putzfrau

gesucht. 791

Rebenveredlungs-

anstalt, Braubacherstr.

Kinderkass. Elterngeld suchst

per sofort

ein bis zwei

möblierte Zimmer

mit Kochgelegenheit. Off.

Off. in unter Nr. 829 an

die Geschäftsstelle d. Bl.

Fahrplan, gültig ab 15. Februar 1920.

Strecke Coblenz — Wiesbaden.

* bedeutet Bahnhöfe.

Coblenz	ab	515	535	715	728	1125	1232	1300	1320	145	501	640	724	750	1410	930
Niederlahnstein	an	426	540	558	576	727	836	1145	1245	109	33	436	516	650	700	295
Oberlahnstein	an	431	545	563	581	732	841	1150	1250	115	33	442	522	656	706	300
Braubach	an	439	553	571	589	740	849	1159	1259	123	an	452	532	666	716	305
Osterspau	an	449	563	581	599	750	859	1169	1269	134	an	464	544	678	728	310
Camp	an	459	573	591	609	750	859	1169	1269	145	an	516	596	730	780	315
Rehert	an	468	582	600	618	750	859	1169	1269	154	an	527	607	741	791	320
St. Goarshausen	an	520	634	652	670	820	929	1244	1344	an	an	538	618	752	802	325
Cand	an	525	639	657	675	820	929	1244	1344	an	an	538	618	752	802	330
Wiesbaden	an	an	an	844	an	an	an	245	an	an	an	an	an	an	an	335

Strecke Wiesbaden — Coblenz.

* bedeutet Bahnhöfe.

Wiesbaden	ab						705				1210					64
Cand	"						819				135					754
St. Goarshausen	"	420					618		1137		213					810
Rehert	"	43					629		1148		200			543		872
Camp	"	440					638		1158		209			554		872
Osterspai	"	450					648		1168		219			564		882
Braubach	"	500					657		1219		228			615		893
O. Lahnstein	"	418	510	516			706	559	1229		236			625		903
N. Lahnstein	"	424	514	523			715	569	1239		245			635		913
Goblenz	an	432	an	530	723	650	735	an	1245	an	244	an	338	518	617	1025*